



© RENDERING: BUGA 23/ NORTHERN LIGHT

GEMEINSAM MANNHEIM GESTALTEN

Thorsten Riehle

Vorsitzender SPD-Gemeinderatsfraktion

Rede zum Haushalt 2023 der Stadt Mannheim

Mannheim, 17. November 2022

FRAKTION
MANNHEIM

SPD

Gemeinsam Mannheim gestalten



Fotos: Daniel Lukac

SPD-Gemeinderatsfraktion

Dr. Bernhard Boll

Dr. Stefan Fulst-Blei MdL

Reinhold Götz

Helen Heberer

Stefan Höß

Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper

Thorsten Riehle

Andrea Safferling

Dr. Claudia Schöning-Kalender

Dr. Melanie Seidenglanz

Redaktion

Lena Kamrad

Guido Bartscher

Stephanie Bach

SPD-Gemeinderatsfraktion

Rathaus E5, 68159 Mannheim

Tel.: 0621 / 293-2090

Email: spd@mannheim.de

www.spdmannheim.de

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Dezerntin,
sehr geehrte Dezerntenen, liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mannheimerinnen und Mannheimer,**

die Sorge um den Frieden und die spürbaren Auswirkungen des Ukraine-Krieges sind auch für uns in Mannheim eine Zeitenwende. Hätte mir jemand im letzten Jahr erklärt, dass sich die ganze Welt nach den Jahren der Corona-Pandemie heute in einer Situation existenzieller Bedrohung wiederfindet, ich hätte es ihm nicht geglaubt. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen wirtschaftlichen und menschlichen Krisen sind Schreckensszenarien, die uns verzweifeln lassen. Was wir jetzt aber brauchen, ist Mut, Solidarität und einen gesellschaftlichen Schulterschluss. Wir dürfen uns nicht auseinandertreiben lassen, denn genau das ist es, was die Gegner*innen von Demokratie und Freiheit erreichen wollen.

Die adäquate Unterbringung und Integration von Geflüchteten aus der Ukraine ist eine große Herausforderung. Deshalb möchte ich zunächst den zahllosen ehrenamtlichen Helfer*innen, denjenigen die selbstlos Geflüchtete in ihre Wohnungen aufgenommen haben sowie den Mitarbeiter*innen der Verwaltung herzlich danken. Sie alle haben Mitgefühl, Selbstlosigkeit und Tatkraft gezeigt – darauf sind wir stolz.

Eine weitere Herausforderung ist die allgemeine Konsumzurückhaltung. In dieser Situation darf sich die öffentliche Hand trotz prognostizierter Haushaltsdefizite nicht abmelden. Im Gegenteil: Jetzt geht es darum, die finanziellen Spielräume Mannheims, die wir in Jahrzehnten kluger Stadtpolitik erarbeitet haben, mit Augenmaß sinnvoll einzusetzen. Natürlich werden diese zunehmend kleiner, darauf haben der Oberbürgermeister und der Kämmerer bei der Einbringung des Haushalts deutlich hingewiesen. Gerade deshalb ist es für uns richtig, dass

- keine geplanten Investitionen abgemeldet
- keine Zuschüsse gestrichen
- keine Steuern erhöht
- keine neuen Schulden gemacht

werden. Unter diese Prämissen werden wir die Haushaltsberatungen stellen.

Für uns sind dabei sechs Schwerpunkte relevant:

1. Kinder, Jugendliche und Familien dürfen nicht die Verlierer sein

Bereits während der Corona-Pandemie hat sich die soziale Ungleichheit weiter verschärft. Besonders kinderreiche Familien, Alleinerziehende und Kinder aus finanziell benachteiligten

Familien haben mit den Folgen der Corona-Jahre immer noch zu kämpfen. Der konsequente Ausbau von Kindertagesstätten ist deshalb ein wichtiger Baustein, um zum einen Kinder in der frühen Phase ihrer Entwicklung zu fördern, zum anderen um vor allem Frauen die Möglichkeit zu geben, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen oder sie weiter auszuführen. Die eigentlich positive Nachricht, dass mehr Kinder in Mannheim geboren werden als noch vor Jahren angenommen, wird durch die fehlende Anzahl an Betreuungsplätzen zur Negativschlagzeile. Der zu langsame Neu- und Ausbau von Einrichtungen und die Suche nach qualifiziertem Fachpersonal führt zu einem dramatischen Fehlbedarf. Wir als SPD im Mannheimer Gemeinderat versuchen im Austausch mit allen Beteiligten die Situation zu verbessern. Wir brauchen einen Schulterschluss aller Akteur*innen, um Bauvorhaben zu beschleunigen, diese zu finanzieren und letztlich gute Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen zu schaffen. Die Ausfälle von Betreuungszeit haben besonders in den Stadtteilen mit sozialräumlichen Herausforderungen fatale Folgen und stellen erwerbstätige Familien vor große Probleme. Es geht uns nicht nur um die Betreuung der Kinder, sondern um die Förderung von Sprache, sozialer Kompetenz und Gesundheit. Aus diesem Grund müssen wir die Situation dringend verbessern. Dabei helfen auch kleine Vorhaben. Unsere Forderung, schneller mehr Wald- und Wiesenkindergärten zu schaffen, ist nicht die Lösung, es wäre aber ein guter Anfang. Wir appellieren deshalb erneut an die Verwaltung, Flächen auszuweisen und den Bau- und Genehmigungsprozess zu entbürokratisieren und damit zu beschleunigen.

Bildungsgerechtigkeit erreichen wir nur dann, wenn alle Kinder und Jugendliche dieselben Chancen der Teilhabe in unserer Stadt erhalten. Deshalb müssen wir die Unterstützungsmaßnahmen dort intensivieren, wo sie nötig sind. Der Campus in der Neckarstadt-West ist dabei das Vorbild für gesellschaftliches Engagement, kombiniert mit zielorientierter Förderung durch die Verwaltung. Das muss zwingend weitergeführt werden. Dabei darf unser Fokus aber nicht auf diesem einen Stadtteil verharren, sondern wir brauchen mehr solcher institutioneller Initiativen, um Perspektiven aufzuzeigen, Familien zu unterstützen und bürgerschaftliches Engagement zu fördern.

Die Liste der Bedarfe ist groß: mehr Schulsozialarbeit, eine Verstärkung und Erweiterung der psychologischen Kinder- und Jugendberatungsstellen, einen zügigeren Ausbau der Ganztagesstrukturen vor allen Dingen bei den Grundschulen, die Einrichtung weiterer Gemeinschaftsschulen, eine zügige Planung für zwei neue weiterführende Schulen, weitere Anstrengungen bei der Sanierung unserer Schulgebäude wie den Neubau der Carl-Benz-Schule und das neue Werkstattgebäude der Werner-von-Siemens-Schule, die Grundsanierung des Stammgebäudes der Humboldt-Schule, umfangreiche Sanierungsmaßnahmen an der Waldschule, der Neubau der Geschwister-Scholl-Schulen und vieles mehr. Das alles ist dringend notwendig. Ernüchternd bleibt, dass wir zwar mehr als 170 Millionen Euro in den nächsten vier Jahren für diesen Bereich ausgeben, dass aber dieser Betrag nicht ausreicht, um auch nur im Ansatz alle notwendigen Vorhaben zu

finanzieren. Diese gewaltigen Summen überfordern uns als Kommune, während zeitgleich das Land einen Rekordüberschuss von 5,2 Milliarden Euro verwaltet. Teile des Überschusses müssen jetzt in ein Maßnahmenpaket Bildung investiert werden, das den Kommunen bei der Bewältigung der gewaltigen Aufgaben hilft. Alles andere wäre fahrlässig gegenüber unseren Kindern und Jugendlichen.

Wichtig bleibt auch der Betrieb und die Weiterentwicklung unserer Jugendtreffs und Jugendhäuser. Sie sind unabdingbare Rückzugsräume, die erhalten und ausgebaut werden müssen. Hier fehlt uns die Perspektive für den Jugendtreff Franklin, der im Haushalt aktuell nicht abgebildet wird. Eine mobile Kinder- und Jugendarbeit könnte perspektivisch als Überbrückung dienen.

Ebenfalls nicht abgebildet ist der Neubau der Stadtbibliothek. Hier erwarten wir für den nächsten Haushalt eine Aussage darüber, wie dieser finanziert und zeitlich organisiert werden kann.

2. Der Druck auf den öffentlichen Raum bleibt hoch

Müll, Dreck, wilde Ablagerungen – kein anderes Thema beschäftigt uns so sehr wie dieses, keine anderes Thema wird bei Infoständen oder öffentlichen Gesprächen in Dauerschleife zur Sprache gebracht und sorgt bei Bürger*innen, Politik und Verwaltung gleichermaßen für Frustration.

Ist das ständige Abräumen unsere einzige Antwort? Oder finden wir nicht doch andere, zielführendere Handlungsoptionen, die das Vermeiden von Müll in den Vordergrund stellen? Neben diesen erzieherischen Maßnahmen brauchen wir aber auch glaubwürdige und klare Sanktionen von Fehlverhalten bei der Verschmutzung des öffentlichen Raums. Über diese Fragestellungen müssen wir uns dringend verständigen.

Generell ist eine Überprüfung unserer Handlungsweise notwendig. Ich war vor einigen Tagen bei einem Vor-Ort-Termin am Alten Rathaus in Seckenheim zum Thema Müll. Dort geht es um drei Teilbereiche: den Bahnsteig der Haltestelle Altes Rathaus, die Rathausarkaden und den Marktplatz. Die Haltestelle wird von der RNV gereinigt, die Reinigung der Arkaden ist vom Immobilienmanagement an eine Fremdfirma vergeben und der Marktplatz wird vom Stadtraumservice sauber gehalten. Drei Organisationen kümmern sich um wenige Quadratmeter mit dem Ergebnis, dass die Sauberkeit ständiges Ärgernis bleibt. Ist das glaubhaft unsere Antwort? Wir brauchen einen fundamentalen Strategiewechsel und müssen nach den effektivsten Mitteln suchen, um ressourcen- und personalschonend die Aufgaben, die der Verwaltung gestellt werden, zu bewältigen. Der Haushalt sieht einen massiven Aufwuchs beim Stadtraumservice vor, den wir dann gerne mittragen, wenn diese Fragestellungen endlich ernsthaft diskutiert und beantwortet werden.

Mangelnde Sauberkeit wirkt sich unmittelbar auf das Sicherheitsgefühl der Menschen aus. Ein gutes Zusammenleben ist aber darauf angewiesen, dass sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen. Dies gilt ganz besonders für Frauen, deshalb setzen wir uns als SPD-Fraktion nachdrücklich für eine geschlechtersensible Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raumes ein, z.B. durch das FrauenNachtTaxi oder ausreichende Beleuchtung. Mit dieser Perspektive wollen wir in Zukunft auch verstärkt den Blick auf andere Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge richten.

Mit dem Verkehrsversuch in der Innenstadt haben wir ein weiteres heißes Thema. Bei der in Teilen emotional geführten Diskussion werden oftmals zwei Punkte vergessen:

- Der Einzelhandel hat in den Pandemie Jahren Umsatz an Lieferdienste und Internethändler verloren.
- Die Mannheimer Innenstadt ist ein großes Wohnquartier, das weiter anwächst.

Wir sind uns mit den Handelsverbänden in der Beantwortung dieser Punkte einig: Der Durchgangsverkehr muss draußen bleiben und für die Zielverkehre muss eine schnelle An- und Abfahrt der Parkhäuser gewährleistet sein. Damit werden Freiräume geschaffen, die die Aufenthalts- und Wohnqualität steigern und das Einkaufserlebnis stärken – das ist ein klarer Standortvorteil. Die Zeit der autogerechten Innenstadt, die in den 1970er Jahren unser Leitbild war, ist endgültig vorbei. Unser Fokus liegt in der gleichberechtigten Teilhabe aller Verkehrsteilnehmer*innen. Die notwendige Veränderung schaffen wir dabei vor allen Dingen mit einer Verbesserung und Attraktivierung des ÖPNV. Deshalb wird es notwendig sein, dass der Bund die Regionalisierungsmittel für Investitionen dramatisch erhöht.

Die von der Verwaltung im Rahmen der Präsentation der Zwischenergebnisse Mitte September vorgestellten Zahlen zeigen eine deutliche Zunahme des Radverkehrs um teilweise 2/3 sowie die gute Annahme der neuen Aufenthaltsflächen. Das ist erst einmal ein Erfolg. Ein immer wieder geforderter Abbruch würde diesen nicht nur gefährden, sondern auch keine Veränderung bedeuten. Die Ursache der Einschränkung des PKW-Verkehrsflusses sind nämlich die zahlreichen Baustellen wie Kurpfalzbrücke, Augustaanlage oder Fahrlachtunnel, die sich wie ein Ring um die gesamte Innenstadt ziehen. Ich bin sehr froh, dass wir uns mit IHK und City-Werbegemeinschaft darüber einig sind, den Verkehrsversuch weiterlaufen zu lassen und zu evaluieren, um unverfälschte Daten zu erhalten. Erst auf dieser Basis und mit weiteren Maßnahmen wie die Entlastung der Erbprinzenstraße lässt sich eine qualifizierte Entscheidung herbeiführen. Wichtig bleibt für uns, die Bürger*innen sowie den Einzelhandel kontinuierlich über die Maßnahmen zu informieren und mitzunehmen.

Ich möchte gerne noch zwei Themen ansprechen, die mir persönlich am Herzen liegen:

Vogelstang- und Rheinauer See brauchen mehr Aufmerksamkeit. Beides sind wunderbare Naherholungsbiete, die von den Bürger*innen gerne und intensiv genutzt werden. Sie sind

aber auch wichtige Naturschutzräume mit großer Biodiversität und naturräumlicher Qualität, die geschützt werden müssen. Wir haben als SPD-Fraktion einen Beteiligungsprozess für den Rheinauer See angestoßen, der fortgeführt und für den Vogelstangsee ebenfalls durchgeführt werden muss. Das werden wir weiter begleiten.

Die Bespielung von Freiflächen durch Kulturschaffende muss verstetigt werden. Die Erfahrungen, die wir in den letzten zwei Jahren gemacht haben, müssen durch ein geeignetes Verfahren eine vereinfachte Beantragung ermöglichen. Damit würdigen wir das Engagement insbesondere von Clubbetreiber*innen, die gezeigt haben, dass sich Veranstaltungen auf Freiflächen sowie Lärm- und Naturschutz nicht ausschließen.

3. Bezahlbares Wohnen ist ein Menschenrecht

Die Preisexplosionen im Baubereich haben den Wohnungsmarkt weiter unter Druck gebracht. Nahezu jede Familie steht vor der Frage, wie die gemieteten vier Wände weiter bezahlbar bleiben. Eine Kündigung bedeutet mittlerweile auch für erwerbstätige Menschen mit einem guten Einkommen Unsicherheit und oftmals Verzweiflung. Auch wenn wir in den letzten Jahren neue Wohnquartiere erschlossen und damit hunderte von neuen Wohnungen geschaffen haben, hat sich die Situation auf dem Mietwohnungsmarkt leider kaum verbessert. Deshalb ist es enorm wichtig, dass die Evaluierung des 12-Punkte-Programms im Frühjahr 2023 Aufschluss darüber bringt, wo wir nachschärfen müssen.

In diesem Zusammenhang müssen wir auch das Quotenmodell diskutieren. Natürlich ist der erste Impuls die Quote zu erhöhen, um mehr günstigen Wohnraum zu schaffen. Bei der Diskussion dürfen wir aber nicht die aktuellen Baupreissteigerungen außer Acht lassen. Es wird nicht einfach, die notwendige Balance zu finden, damit Wohnungspreise nicht noch zusätzlich befeuert und erhöht werden. Klar ist für uns aber, dass wir die Bindungsfristen für die Quote auf 30 Jahre verlängern sollten.

Unsere Heimatstadt ist als Wohn- und Arbeitsort attraktiv. Die Konversionsflächen sind für die Entwicklung Mannheims ein großes Glück gewesen, aber diese Flächen kommen an ihre Grenzen. Deshalb bleibt es wichtig, dass geplante Neubaupotenziale weiter ausgeschöpft werden, indem die Verdichtung von Siedlungsfläche vorangetrieben wird. Dabei gilt für uns immer noch der strategische Ansatz „Innenverdichtung vor Außenverdichtung“. Darum fordern wir ein umfangreiches Baulückenkataster, das Potentiale benennt und Handlungsfelder eröffnet.

In den nächsten Jahren wird der Gesetzgeber über die Grundsteuer C die Voraussetzungen schaffen, bebaubare brachliegende Grundstücke höher zu besteuern. Diese Chance muss genutzt werden, um unbebaute Bauflächen schneller für den Wohnungs- und Gewerbemarkt verfügbar zu machen. In diesem Zusammenhang ist eine deutliche Verbesserung des Vorkaufsrechts der Kommunen zu den Bodenrichtwerten unabdingbar.

Was haben wir erreicht? Die Zweckentfremdungssatzung ist beschlossen, Milieuschutzsatzungen sind beispielsweise für den Jungbusch auf dem Weg. Den Bodenfonds haben wir bereits eingerichtet, er muss aber perspektivisch deutlich besser finanziell ausgestattet werden. Der Vorrang für genossenschaftliche Bauprojekte zeigt erste Erfolge, die politische Unterstützung von Bewohner*innengemeinschaften, die ihre Immobilie selbst kaufen, erste Wirkung. Das sind positive Signale, die wir als SPD im Mannheimer Gemeinderat verstärken und stützen wollen.

4. Die Folgen des Klimawandels bleiben die größten Herausforderungen unserer Zeit

Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen des Klimawandels erlebt, wir sind gleichzeitig die letzte Generation, der es möglich sein wird, die Folgen einzudämmen. Das ist eine riesige Verantwortung, die auf uns lastet. Jetzt gilt es zu handeln und klug zu agieren, damit Klimaneutralität bei gleichzeitigem Erhalt unserer wirtschaftlichen Grundlagen so schnell als möglich erreicht wird. Unser Leitfaden ist der Klimaschutzaktionsplan, den wir seit mehr als einem Jahr diskutieren. „Leave no-one behind“ ist das ausdrückliche Ziel des Green Deal im Programm auf europäischer Ebene. Es ist gut, das nach anfänglichen Schwierigkeiten Gewerkschaften, Industrie und Handel in den Prozess integriert wurden. Diese Beteiligung muss jetzt im nächsten Schritt auf alle Mannheimer*innen ausgeweitet werden.

Wir verstehen den Klimaschutzaktionsplan als konzeptionelle Grundlage für den vor uns liegenden Weg zur klimaneutralen Stadt und als notwendige Voraussetzung für die unabdingbare Unterstützung durch Fördergelder von EU, Bund und Land. Diese Mammutaufgabe kann Mannheim nicht allein schultern, das zeigt der Haushaltsentwurf, der über eine vorhandene Anschubfinanzierung hinaus keine weiteren Mittel vorsieht. Wenn Klimaneutralität keine Vision bleiben soll, sind weitreichende Entscheidungen notwendig, die wir im Gemeinderat treffen müssen.

Die Transformation zur klimaneutralen Stadt braucht eine gemeinsame Kraftanstrengung. Unternehmen müssen genauso mitmachen wie Bürger*innen. Deshalb ist die Aktivierung des Local Green Deal in allen Stadtteilen wichtig. Wenn wir es schaffen, unsere ambitionierten Ziele umzusetzen und dabei den Handels- und Industriestandort Mannheim zu erhalten, sind wir beispielgebend für andere Städte und Regionen. Innovationen und gute Ideen sind dabei wichtige Treiber, die wir ausschöpfen müssen.

Wir wollen den Ausbau von PV-Anlagen auf dem gesamten Stadtgebiet und als Agrar-PV forcieren und wünschen uns über die bisherigen Erfolge hinaus eine Beschleunigung der Digitalisierungsmaßnahmen durch die Smart City, die uns dabei hilft, die ambitionierten Ziele zu erreichen.

Das Ziel muss bleiben, schnellstmöglich aus der Kohleverstromung auszusteigen. Die Betreiber des GKM planen den konkreten Ausstieg, den wir unterstützen. Wir müssen dabei aber zwei Fragen beantworten: Wie gelingt es bis dahin Versorgungssicherheit zu gewährleisten und wie gehen wir mit den Beschäftigten des GKM um? Welche Perspektiven und alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten werden den hochqualifizierten Mitarbeitenden angeboten und wie sichern wir überhaupt den Betrieb bis zur Abschaltung? Hierfür braucht es ein gemeinsames Verständnis der drei Anteilseigner RWE, EnBW und MVV für einen Schulterchluss von Werksleitung und Belegschaft. Während die MVV hart an diesen Fragestellungen arbeitet, bleibt uns die Unterstützung der anderen beiden Eigentümer offensichtlich versagt. Das muss sich dringend ändern.

Dass durch den Klimawandel Extremwetterlagen hervorgerufen werden, ist bei seriösen Forscher*innen unumstritten. Deshalb ist die Ertüchtigung des Rheindamms notwendig. Von Beginn an haben wir die Notwendigkeit der Fällung von 7,5 ha Auenwald bezweifelt. Wir sehen uns durch das Gutachten der Stadt Mannheim zur Spundwandkonstruktion bestätigt. Wenn diese Idee des minimalen Eingriffs in den Baumbestand zu einem maximalen Schutz vor Überflutung führt, haben wir Natur- und Bevölkerungsschutz zusammengebracht. Jetzt müssen wir gemeinsam mit der Bürgerschaft dafür sorgen, dass die bisherigen Pläne des Landes verworfen werden. Wir sind hier noch nicht am Ziel, aber deutlich an den Erhalt des Baumbestands herangerückt.

Einige unserer ökologischen Forderungen sind im laufenden Haushaltsjahr umgesetzt worden. So wurde der lokale Runde Tisch zu den Auswirkungen der industriellen Transformation ins Leben gerufen. Auch das 365-Euro-Kinder- und Jugendticket, das ich in der letzten Haushaltsrede angesprochen habe, wird umgesetzt. Unser politisches Ziel bleibt das 365-Euro-Ticket für alle. Der Erfolg des 9-Euro-Tickets und das beschlossene 49-Euro-Deutschlandticket bestärken uns in dieser Haltung.

5. Solidarität in schwieriger Lage

Trotz großer gesellschaftlicher Verwerfungen haben wir die Herausforderungen der Corona-Pandemie gemeistert. Ich möchte mich deshalb zunächst bei allen Mitarbeiter*innen der Verwaltung, aber auch bei der Stadtspitze für die in den zurückliegenden Monaten geleistete Arbeit bedanken. Aber machen wir uns nichts vor, während die Corona-Krise noch nicht vorbei ist, haben wir mit der Fluchtbewegung aus der Ukraine die nächste Herausforderung zu stemmen. Hinzu kommt für viele Bürger*innen die Frage nach der Bezahlbarkeit ihres Lebensunterhalts. Es bleibt deshalb unsere politische Pflicht, Armut in unserer Stadt zu mindern und wo es geht, zu verhindern.

Die Unmittelbarkeit der Folgen aus dem Krieg in der Ukraine und die absehbaren sozialen Verwerfungen bereiten uns große Sorgen. Und das in mehreren Dimensionen:

Zunächst möchte ich den mit der neuen Krise verbundenen Aufwuchs von Aufgaben innerhalb der Verwaltung ansprechen. Er bringt zahlreiche Mitarbeitende an die Belastungsgrenze. Das müssen wir ernst nehmen und brauchen bei den Herausforderungen, die noch vor uns liegen, ein gegenseitiges Verständnis für das, was noch leistbar und zumutbar ist. Und es braucht mehr Personal. Wenn wir beispielsweise den Brandschutzbedarfsplan umsetzen oder die Ziele bei der Gleichstellungsbeauftragten erreichen wollen – und beides sind Pflichtaufgaben denen wir nachkommen müssen – ist dies unumgänglich. Darauf müssen wir schon in diesem Haushalt Antworten finden.

Sport- und kulturtreibende Vereine sind das Rückgrat unserer Demokratie. Dieser feste Grundsatz kommt in Zeiten, in denen es um deutlich mehr Individualismus geht, zwar nicht ins Wanken, er gilt aber nicht mehr universell. Eine besorgniserregende Entwicklung ist, sich nicht mehr mit der Gemeinschaft auseinanderzusetzen, nur die eigenen Interessen in den Vordergrund zu stellen ohne Rücksicht auf andere, sich bewusst außerhalb demokratischer Prozesse zu stellen. Deshalb werden wir uns auch in der Zukunft für gemeinschaftliche Projekte wie etwa das Sport- und Kulturzentrum Wallstadt einsetzen und Wege der Umsetzung suchen. Als SPD-Fraktion waren wir mit Vereinsführungen und Dachverbänden wie dem Sportkreis Mannheim in den letzten drei Jahren im intensiven Austausch darüber, wie wir den Herausforderungen begegnen können. Daran wollen wir weiterarbeiten und ich bin dem Fachbereich Demokratie und Strategie dankbar, dass er den Austausch hierzu sucht. Wir stehen sicherlich erst am Anfang eines Prozesses, der in den nächsten Jahren entscheidend dafür sein wird, wie wir ehrenamtliche Strukturen unterstützen. Wir sind aber fest davon überzeugt, dass sich dieser Weg lohnt.

Immer wenn es darum geht, Gesellschaft und Gemeinsamkeit zu definieren, spielt Kultur eine tragende Rolle. Mannheim ist und bleibt eine Kulturstadt und deshalb sind wir froh, dass auf unseren Antrag hin der Musikpark weiterentwickelt wird. Dass wir keine Zuschüsse im Kulturetat kürzen, ist die gute Nachricht, dass wir aktuell nicht in der Lage sind, neue zu vergeben gleichzeitig die schlechte. Wir hoffen sehr, dass wir sobald es die Haushaltslage zulässt, neu über die Förderung von Kultureinrichtungen sprechen. Darüber hinaus würde ich mir einen Schulterschluss aus privatem Mäzenatentum, Förderung von Bund, Land und Unterstützung der Stadt wünschen. Bei den anstehenden Herausforderungen, der allgemeinen Kostensteigerung und der Zurückhaltung des Publikums wird das notwendig sein, um auf Sicht die kulturelle Vielfalt unserer Stadt zu bewahren.

Es gibt weitere Fragestellungen an die Gesellschaft: Da ist der Umgang mit denen, die jenseits des Renteneintrittsalters am öffentlichen Leben teilhaben wollen. Mit Teilhabe beschäftigen sich auch Verbände für Menschen mit Behinderungen oder anderen Beeinträchtigungen. Es steht für uns außer Frage, dass sie alle ein wertvoller Teil unseres Lebens sind, der mehr Aufmerksamkeit benötigt. Aber wo schaffen wir Teilhabe und wo bleibt sie versagt? Wie geht es mit den Senior*innentreffs weiter? Wie integrieren wir die berechtigten Forderungen der Verbände und wie finanzieren wir die Ansprüche in der

Zukunft? Die ersten Handlungsempfehlungen der unterschiedlichen Aktionspläne geben uns Hinweise auf einen anderen Umgang, alleine die Umsetzung ist noch offen. Wir sollten dabei nicht den Fehler machen, ausschließlich die großen finanziellen Anstrengungen, die beispielsweise zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes notwendig sind, zu formulieren, sondern viel mehr die Chancen für unsere Gesellschaft wertzuschätzen. Wie aber schaffen wir soziales Miteinander? Die Frage nach Teilhabechancen, nach Bildungsgerechtigkeit, nach Fürsorge, nach würdevollem Altern, nach Zusammenleben in Vielfalt wird in unseren Stadtteilen beantwortet.

Trotz der Diversität, den verschiedenen Grundvoraussetzungen und Möglichkeiten gibt es eine Gemeinsamkeit: Alle Bürger*innen haben sich dafür entschieden, in Mannheim ihr Leben zu gestalten. Und obwohl die Antworten auf die individuellen Herausforderungen nicht unterschiedlicher sein könnten, eint uns dieses gemeinsame Bekenntnis zu unserer Stadt. Das müssen wir nutzen und die Handlungsfelder danach definieren. Eine besondere Rolle spielen dabei Organisationen, die die gesamte Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Menschen, deren Wurzeln nicht in Deutschland liegen, sind eine Bereicherung für unsere gemeinsame Stadtgesellschaft. Es braucht aber ein mehr an Austausch und Kommunikation, damit die berechtigten Interessen in unsere städtische Strategie aufgenommen werden. Wir sind deshalb davon überzeugt, dass sich eine differenzierte Sicht im Rahmen von weiteren Lokalen Stadterneuerungen lohnt und sinnvoll ist. LOS in der Neckarstadt-West ist Vorbild und wir lernen aus den Ergebnissen und können den Prozess weiterentwickeln. Dabei haben wir mit dem Quartiermanagement, der unverzichtbaren Expertise zahlreicher freier Träger, dem Migrationsbeirat und den gesammelten Erfahrungen der Verwaltung eine gute Grundlage, die wir nutzen müssen. Tun wir es nicht, vergeben wir die Chance, soziale Spaltung einzudämmen.

Wir möchten aber auch Erfolge feiern: Die Anschubfinanzierung für das queere Zentrum und die Errichtung des queeren Jugendzentrums sind positive Nachrichten. Dadurch haben Vernetzung und die Themenvielfalt der Regenbogenfamilie an Sichtbarkeit gewonnen. Machen wir uns aber nichts vor: Das steht alles noch nicht auf sicheren Beinen. Der Bedarf an Unterstützung bleibt bestehen, wenn wir diese Strukturen erhalten wollen. Deshalb bleibt es notwendig, beide Zentren weiter eng zu begleiten.

Ich möchte gerne noch eine Bemerkung loswerden, die für mich eine besondere Bedeutung hat: Die zögerliche Haltung des Landes bei der Frage, wie wir das Klinikum zukunftsfähig machen ist, kaum noch zu ertragen. Wie viele Prüfungsprozesse, wie viel Austausch, wie viel Gespräch braucht es noch, um das Land von der Dringlichkeit zu überzeugen und zum Handeln zu bewegen? Die Stadt Mannheim, vor allen Dingen aber die Belegschaft haben in den vergangenen Jahren bewiesen, welche Leistungen das Klinikum tagtäglich erbringt. Jetzt ist der Zeitpunkt für ein eindeutiges Bekenntnis des Landes und die damit verbundene finanzielle Unterstützung gekommen. Unser Appell nach Stuttgart lautet deshalb einmal mehr: handeln sie jetzt!

6. Die BUGA 2023 ist Treiber der Stadtentwicklung und die Chance für Generationen

Die Bundesgartenschau ist für mich und die gesamte Mannheimer SPD ein Herzensprojekt. In weniger als sechs Monaten wird sie auf dem Spinelli-Gelände und im Luisenpark eröffnet. Das war ein langer, intensiver Weg, der manchmal mit harten Auseinandersetzungen gegangen wurde. Aber es hat sich gelohnt, standhaft zu bleiben. Nicht, weil wir vom 14. April bis zum 8. Oktober 2023 eine schöne Veranstaltung für hoffentlich viele Besucher*innen durchführen. Das ist ein wunderbarer Zusatznutzen, darum ging es uns aber nicht. Was wir mit der BUGA als Motor erreichen ist viel mehr:

- Wir entsiegeln große Teile einer vormals militärisch genutzten Fläche.
- Wir verbessern die räumliche Klimaresilienz und die Biodiversität.
- Wir schaffen einen einmaligen Naturerlebnisraum.
- Wir steigen ein in die Renaturierung des Neckars.
- Wir geben dem Luisenpark die Chance für eine attraktive Zukunft.
- Wir entwickeln ein neues städtisches Wohnquartier.

Zusammen mit der ersten Stufe der Renaturierung des Neckars investieren wir rund 145 Millionen Euro, bis zu 80 Millionen und damit deutlich mehr als die Hälfte erwarten wir als Zuschüsse von Land und Bund. Dieses hervorragende Ergebnis zeigt, wie stark unsere Anstrengungen zum ökologischen und naturnahen Umbau unserer Stadt Beachtung finden. Dieses Generationenprojekt ist der Treiber einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Klar ist das nicht genug, es ist niemals genug. Es gibt immer ein zu wenig an Maßnahmen, immer ein „das hätte man besser machen können“. Aber diese BUGA ist deutlich mehr als nur ein guter Anfang. Sie ist ein Leuchtturmprojekt für die nachhaltige Entwicklung eines Großprojektes.

Wir freuen uns aber auch auf das bunte Programm während der BUGA, das Kunst und Kultur mit den Leitthemen Umwelt, Klima, Energie und Nahrungssicherheit verbindet. Gerade nach der Pandemie mit ihren Herausforderungen für Vereine, Gastronomie, Einzelhandel, Kulturschaffende und Hotellerie ist die BUGA 2023 die Chance, unserer Stadt einen kräftigen Schub und damit Zuversicht für die Zukunft zu geben.

Ich bin stolz darauf, dass wir uns als Partei gemeinsam mit unserem Oberbürgermeister von Anfang an und durch alle Höhen und Tiefen hinter dieses Projekt gestellt haben. Der Fortschritt, der nun zu sehen ist und die Dynamik, die das Projekt in der Stadt und der gesamten Region auslöst, bestärken uns in dieser positiven Grundhaltung. Wir freuen uns über das Erreichte und bedanken uns bei dem gesamten BUGA-Team rund um Geschäftsführer Michael Schnellbach für die geleistete Arbeit in den zurückliegenden Monaten und Jahren.

Wesentliche Forderungen für eine wachsende Stadt

Dieser Rundblick zeigt deutlich: Wir haben Potentiale und Möglichkeiten, die abseits von Haushaltsdebatten ausreichend Ansätze bieten, um Mannheim weiter zu entwickeln und die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen.

Zusammengefasst geht es uns um folgende wesentlichen Forderungen:

- Kinder, Jugendliche und Familien müssen im Fokus unseres Handelns bleiben. Soziale Gerechtigkeit hat mit Chancengleichheit zu tun. Um diese zu erreichen benötigt es mehr Betreuungseinrichtungen, mehr Erzieher*innen und die Unterstützung bei den gewaltigen Herausforderungen im Schulbau durch das Land.
- Der öffentliche Raum braucht mehr Aufmerksamkeit und die Gesellschaft einen Kulturwandel in der Beantwortung der Frage, wie wir mit ihm umgehen. Dazu ist es aber auch nötig, städtische Vorgehensweisen zu hinterfragen und anzupassen.
- Die wachsende Stadt benötigt vielfältige und effektive Antworten auf die Fragestellung nach mehr und bezahlbarem Wohnraum. Wir haben schon viel erreicht, das reicht aber aufgrund der immer weniger vorhandenen Flächen und der zu erwartenden Nachfrage nicht aus. Wenn wir den sozialen Frieden in unserer Stadt bewahren wollen, müssen wir weiterhin in den Wohnungsbau investieren und als Kommune die Rahmenbedingungen für bezahlbares Wohnen schaffen.
- Die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels bleibt die existentielle Herausforderung unserer Gesellschaft. Wir unterstützen den Klimaschutzaktionsplan, brauchen aber mehr Unterstützung von Land, Bund und EU. Denn nur so kann es gelingen, die Kosten für den Wandel zur Klimaneutralität für einkommensschwächere Haushalte abzufedern und die notwendige Transformation unserer Wirtschaft zu finanzieren. Nur wenn das möglich ist, können wir alle davon überzeugen, diesen Weg gemeinsam zu gehen.
- Die soziale Spaltung wird zur Belastungsprobe für unsere Gesellschaft. Deshalb ist ein Schulterschluss aller Akteur*innen und eine Entwicklungsperspektive in den Stadtteilen notwendig. Sport- und kulturtreibende Vereine und Kulturschaffende spielen dabei eine wichtige Rolle. Wir wollen Initiativen in den Stadtteilen, wie etwa Campus in der Neckarstadt-West, auf weitere Stadtteile ausweiten, um gezielt vor Ort zu agieren und Unterstützungssysteme für Kinder und Jugendliche besser miteinander zu verzahnen.
- Die BUGA 2023 ist Treiber für die naturnahe und ökologische Entwicklung unserer Stadt. Dieses Generationenprojekt ist unverzichtbar für Mannheim. Es wird wesentlich darauf ankommen, dass wir die begonnenen Maßnahmen fortführen und die positiven Impulse hin zu mehr naturnahem Raum sowie zur Renaturierung konsequent weiterführen.

Mannheim ist eine dynamische Metropole mit Herausforderungen und Risiken, vor allem aber mit Potential, um sie mit guten Ideen voranzubringen. Daran haben wir in den letzten Jahren im politischen Austausch hart gearbeitet. Und trotz aller Schwierigkeiten und im Angesicht künftiger großer Aufgaben will ich deutlich sagen: Es hat sich gelohnt!

Zum Ende gilt mein Dank den Mitarbeiter*innen der Verwaltung, den Personalrät*innen in den Fachbereichen und Dienststellen, der kritischen Reflektion und der Mitarbeit meiner Fraktionskolleg*innen sowie der Unterstützung durch unsere Fraktionsgeschäftsstelle.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

A handwritten signature in dark red ink, reading "Th. Fuhle". The signature is written in a cursive, slightly stylized font.

SPD Gemeinderatsfraktion Mannheim

Rathaus E5

68159 Mannheim

Tel. 0621 / 293-2090

spd@mannheim.de

www.spdmannheim.de

 **spdmannheimgemeinderat**

 **SpdFraktionMannheim**

**FRAKTION
MANNHEIM**

SPD